



Daniela Wagner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Darmstadt, 05.04.2019

Daniela Wagner, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Telefon: +49 30 227-78551
Fax: +49 30 227-70552
Email: Daniela.Wagner@bundestag.de

Wahlkreisbüro Darmstadt

Lauteschlägerstr. 38
64289 Darmstadt
Telefon: +49 6151 9712998
Fax: +49 6151-61401
Email:
Daniela.Wagner.wk@bundestag.de

Mietenwahnsinn stoppen! Für eine Grüne Wohnoffensive

Anlässlich der morgen stattfindenden bundesweiten Demonstrationen gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung, unter anderem in Frankfurt, Berlin und Hamburg, erklärt Daniela Wagner, Bundestagsabgeordnete aus Darmstadt:

In zahlreichen deutschen Städten gehen morgen wieder tausende Menschen gemeinsam gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung auf die Straße.

Während die hessische Landesregierung das Problem erkannt hat und mit ihrem Masterplan Wohnen gegensteuert verschließt die Bundesregierung weiterhin die Augen beim Thema Wohnen. Die bundesweiten Proteste sind eine Folge dieses Desinteresses der schwarz-roten Bundesregierung. Statt für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, hat sie mit ihren halbherzigen Maßnahmen, wie einer zerlöchernten Mietpreisbremse, noch Öl ins Feuer gegossen. Damit hat sie tausende Mieterinnen und Mieter in Deutschland allein gelassen.

Wir fordern mehr Mieterschutz und eine faire Wohnungspolitik in Deutschland. Zurzeit fallen jedes Jahr 45.000 Sozialwohnungen aus der Zweckbindung. Das muss sich ändern. Mit unserem Programm einer Neuen Wohngemeinnützigkeit wollen wir 3 Milliarden Euro jährlich in die Hand nehmen, um über zehn Jahre 1 Million dauerhaft bezahlbare Wohnungen zu schaffen. Wir wollen Kommunen und gemeinnützige Bauträger wieder in die Lage versetzen, viel mehr dauerhaft günstige Mietwohnungen zu bauen und zu erhalten. Dafür wollen wir auch die Vorkaufsrechte und Baugebote in den Kommunen stärken.

Wir fordern zudem eine Mietengarantie. Damit deckeln wir den Anstieg der Mieten mit einem rechtsfesten Instrument und begrenzen die Mieten mit Hilfe der ortsüblichen Vergleichsmiete als Obergrenze. Zudem wollen wir aktiv Bauflächen für den Neubau aktivieren. Dafür haben wir ein 100.000 Dächer- und Häuserprogramm vorgelegt, mit dem Dachgeschosse erweitert oder ausgebaut und Häuser in Ortskernen im



ländlichen Raum wiederbelebt werden können. Nur wenn die Bundesregierung jetzt handelt, kann sie den Mietenwahnsinn stoppen.